

Antrag P05: Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann

Antragsteller*in:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann**

2 DIE LINKE bekennt sich vorbehaltlos zu ihren friedenspolitischen Positionen im
3 Erfurter Programm. „DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für
4 Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten.
5 Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch,
6 Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab.
7 Neben der Kritik an Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es
8 uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen.“

9 Zugleich verdeutlichen wir offensiv die Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitung und
10 wachsenden sozialen Verwerfungen. Das längst überfällige Ende der Schuldenbremse kann
11 und muss finanziellen und politischen Spielraum schaffen – allerdings nicht, um
12 Aufrüstung und Blutvergießen zu fördern oder vorzubereiten. Aus diesem Grunde lehnt
13 DIE LINKE auch das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab, das in der so
14 genannten Katastrophenmedizin die militärische Logik vor die medizinische Ethik
15 stellt. Es birgt die Gefahr, dass sich hier eine Triage durchsetzt, die das
16 Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. Die zu erkämpfenden politischen Spielräume
17 sind vielmehr zu nutzen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Inklusion
18 zu fördern. Die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft stellt die Inklusion
19 jedoch grundsätzlich in Frage und beschneidet Teilhabemöglichkeiten. Auch deshalb
20 tritt DIE LINKE entschieden für die friedliche Beilegung von Konflikten ein.

Begründung

DIE LINKE steht in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Es ist daher geboten, Erfahrungen und Lehren aus ihrer Geschichte zu beachten. Wenn wir heute Fragen von Krieg und Frieden diskutieren, sind wir gut beraten, zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Genossinnen und Genossen bereits vor mehr als hundert Jahren und später Fragen debattierten. So etwa im Jahre 1912. Angesichts eines Krieges auf dem Balkan rief die II. Internationale zu einem großen Sozialistenkongress nach Basel, der als Friedenskongress in die Geschichte einging. Am Ende der Basler Konferenz standen sehr klare Vereinbarungen zwischen den vertretenen sozialistischen Parteien aus 23 Ländern zur Verhinderung und Bekämpfung von Kriegen. Entsprechend konstatierte das Manifest des Basler Friedenskongresses den Friedenswillen der arbeitenden Bevölkerung und hielt fest: „Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.“ Ein Blick auf die Entwicklung der Gewinne von Rheinmetall oder Heckler & Koch zeigt, wie aktuell eine solche Positionierung auch heute noch ist.

Gegen die Politik der Herrschenden, die den Krieg immer mehr normalisieren, muss DIE LINKE eine Praxis setzen, die das friedliche Zusammenleben aller Menschen ermöglicht. Dazu muss sie für internationale Beziehungen eintreten, in denen der Krieg geächtet ist und in keinem Fall als Mittel der Politik gilt. Zu diesem Zweck muss sie für eine Konfliktbearbeitung eintreten, die die Interessen und Sorgen der arbeitenden Klasse aller am Konflikt beteiligten Länder und die jeweilige Genese der Konflikte beachtet. Wirklicher Frieden ist nur auf der Grundlage wirklicher

Verständigung zu erreichen. Auf diesem Weg kann das Übel des Krieges beseitigt werden!

Ganz ähnliche Prinzipien gilt es im Inneren dieses Landes durchzusetzen. Auch hier steht DIE LINKE in der Pflicht, für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, in der kein Mensch Ausgrenzung erfährt und in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Auf diese Weise beschreiben wir eine inklusive Gesellschaft, die aber nicht umzusetzen sein wird in einer Welt, die von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt ist. Mehr noch: Nicht nur, dass der Kapitalismus – wie es der französische Sozialist Jean Jaurés formuliert hat – den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen, stehen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Realisierung einer solchen Gesellschaft im Weg. Der Kapitalismus kann nicht existieren, ohne Menschen in Wert zu setzen und sie entsprechend ihrer Fähigkeit, Profit zu erarbeiten, zu bewerten. Durch dieses Raster fallen notwendigerweise immer wieder Menschen hindurch, die dem angeblichen Mindestmaß an wirtschaftlicher Verwertbarkeit nicht genügen. Auf dieser Grundlage ist eine inklusive und solidarische Gesellschaft ~~daher~~ nicht umzusetzen. Auch darum ist es notwendig, dass DIE LINKE an ihrer sozialistischen Zielsetzung festhält.

Eine LINKE, die in der Lage sein soll, wirksame Antworten auf die Herausforderungen der aktuellen Zeitläufe zu geben, darf ihre programmatischen Positionen nicht aufweichen. Sie muss auf die Durchsetzung friedlicher Konfliktbeilegung drängen und mit dafür sorgen, dass die Mittel, die Rüstung und Krieg verschlingen, für ein würdevolles Leben für alle Menschen, für Inklusion und Teilhabe verwendet werden.